Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 5. Mittwoch, 7. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 31 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Note der Botschafterkonferenz.

Die von den alliierten Botschaftern in Berlin überreichte Note bildet schon jetzt den Gegenstand lebhafter Besprechungen im Auswärtigen Amt, so daß man bereits feststellen kann, welche Konsequenzen Deutschland aus dieser Note zu ziehen haben wird. Das Hauptinteresse konzentriert sich selbstverständlich auf die Behauptungen der interalliierten Mächte, daß Deutschland schwere Verstöße gegen den Teil 5 des Versailler Vertrages begangen habe. Man weiß sehr wohl, welche Mittel von Seiten der Ententemächte angewendet werden, um die Hinausschiebung der Räumung der nördlichen Zone zu begründen, aber man kann deswegen kaum um die Tatsache herumgehen, daß vor aller Welt Behauptungen ausgestreut werden, die die Haltung der deutschen Regierung in ein zweideutiges Licht stellen könnten. Zunächst ist es eine der auffallendsten Tatsache, daß die Entente-Regierungen in ihrer Note absolut nicht darauf eingegangen sind, welche Verfehlungen im einzelnen die angeblichen Unterlagen für die angeführten Verstöße bilden. Man macht es der deutschen Regierung viel leichter als je erwartet werden konnte, die in der Note enthaltenen Vorwürfe zurückzuweisen. Darum kann man sich auch schon jetzt ohne weiteres ein Bild über die bevorstehende Antwort der deutschen Regierung machen.

Wie aber schon aus den Ankündigungen der alliierten Mächte hervorgeht, handelt es sich nur um eine vorläufige Note, so daß man deutscherseits gar nicht einmal gezwungen ist, sie allzu ernst zu nehmen. Die angekündigten weiteren Mitteilungen sollen sich angeblich auf den in nächster Zeit zu erwartenden Schlußbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission stützen, der die Gesamtergebnisse der Generalinspektion enthalten soll. Dieser Bericht werde die alliierten Regierungen veranlassen, zu bestimmen, welche Verpflichtungen Deutschland auf militärischem Gebiet noch zu erfüllen habe. Es darf nicht vergessen werden, daß hier gewisse Konfliktstoffe gegeben sind, die zu ernsthaften Auseinandersetzungen führen müssen, falls die alliierten Mächte wirklich darauf bestehen sollten, aus den angeblichen Feststellungen der Militärkontrollkommission irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Noch schlimmer würden die Folgen sein können, wenn man eine klare und endgültige Fristfestsetzung umgehen sollte und darauf bestehen würde, die Frist für die Räumung der nördlichen Zone von der Ausführung der neuen Entwaffnungsforderungen durch Deutschland abhängig zu machen.

Die deutsche Presse hat sich sehr scharf gegen die alliierte Note ausgesprochen und insbesondere auf die Tatsache hingewiesen, daß es große Erregung im deutschen Volke hervorrufen muß, wenn aus mangelhaften Gründen und Vorwänden die Aufrechterhaltung der Besetzung eines Gebietes erfolgen soll, das eine Bevölkerung von zwei Millionen Menschen umfaßt. Die alliierten Regierungen werden eine sehr ernste Situation schaffen, wenn sie vergessen sollten, auf die psychologischen Wirkungen ihres Vorgehens Rücksicht zu nehmen. Man muß sehr wohl zwischen den direkten Folgen dieses Schrittes und den zwangsläufig gegebenen Konsequenzen unterscheiden können. In London hat Deutschland opferschwere Verpflichtungen auf sich genommen, die es nur dann ausführen kann, wenn sich das politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland beruhigt. Wie kann man sich aber eine Beruhigung vorstellen, wenn im ganzen deutschen Volke der Eindruck entsteht, daß alle Opfer wertlos sind und doch nicht die Freiheit der besetzten Gebiete bringen, die ihm so viel wert sein könnte, daß es auf Jahre hinaus den besten Ertrag seiner Arbeit an Reparationen bezahlt. Die amerikanische Regierung hat, wie gar nicht geleugnet werden kann, für die Situation Deutschlands ein gewisses psychologisches Verständnis gezeigt. Es muß sich aber erst herausstellen, wie weit sich auch Amerika dazu veranlaßt sehen wird, seinen Einfluß geltend zu machen, um zu verhindern, daß ein weiteres Unrecht geschieht, welches notwendigerweise zu neuen Gegensätzen und zu neuen Konflikten führen muß.

*

Die bevorstehende deutsche Antwort.

Berlin, 7. Januar. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Reichsregierung in ihrer Antwort auf die Note der alliierten Mächte in sehr entschiedener Form wegen der sogenannten Feststellungen der Militärkontrollkommission Stellung nehmen und zum Ausdruck bringen, daß die Vorwürfe derartig dürftig seien, daß Deutschland unmöglich in der Lage wäre, dazu Stellung zu nehmen. Die Reichsregierung müsse daher um eine **ausführliche Begründung dieser Feststellungen** ersuchen. Weiterhin wird die Reichsregierung die Forderung zum Ausdruck bringen, daß die ihrer Meinung nach vollständig haltlosen Beschuldigungen der Militärkontrollkommission nicht zum Anlaß genommen werden dürften, die Räumungsfrist für die nördliche Zone zu überschreiten. Die deutsche Note wird in der Hauptsache darauf gerichtet sein, die alliierten Regierungen zu einem Meinungsaustausch zur Regelung der bestehenden Schwierigkeiten aufzufordern.

*

Wann kommt der militärische Schlußbericht?

Die Note der Ententemächte stellt in Aussicht, daß der Reichsregierung nach dem Eintreffen des Berichtes der Generalinspektion eine weitere Mitteilung der Alliierten zugehen werde. Wie wir hören, hat die Reichsregierung Erkundigungen eingezogen, bis zu welchem Termin mit der Ueberreichung dieses endgültigen Berichtes gerechnet werden könnte. Nach den zur Zeit vorliegenden Mitteilungen hat es jedoch den Anschein, daß dieser Bericht **kaum vor dem 20. Januar** den alliierten Regierungen zugehen wird und **die neue Mitteilung der Entente frühestens Anfang Februar erwartet** werden kann.

*

Deutschlands Antwort überreicht.

)(**Berlin.** Nachdem das Reichskabinett in seiner gestrigen Vormittagssitzung über die alliierte Note betreffend die Räumungs- und Entwaffnungsfrage Beschluß gefaßt hat, ist die **deutsche Antwort auf die Note gestern abend den hiesigen alliierten Missionschefs zugestellt** worden. Die Note wird voraussichtlich **Donnerstag morgen veröffentlicht** werden.

Die

deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Trendelenburg kommt nach Berlin.

* **Berlin.** Das **Reichskabinett** beschäftigte sich gestern mittag in mehrstündiger Sitzung, an der auch die zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums teilnahmen, mit den **deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.** Da das Kabinett sich im Hinblick auf die in Berlin eingetroffenen Vorschläge wegen eines Provisoriums für die Zeit nach dem 10. Januar über die außerordentliche Tragweite des zu fassenden Beschlusses klar war, entschied es sich dahin, **zunächst von Regierungswegen nicht Stellung zu nehmen.** Das Kabinett faßte den Beschluß, den Führer der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär **Trendelenburg nach Berlin zu berufen,** um mit ihm die Sachlage zu klären. Die entscheidende Kabinettssitzung dürfte am Donnerstag in Berlin stattfinden. Staatssekretär Dr. von Trendelenburg reiste gestern abend von Paris ab.

Stapellauf des Kreuzers „Emden".

Wilhelmshaven. (Funkspruch.) Aus der hiesigen Marinewerft ist heute der **Kreuzer „Emden"**, der erste Neubau der Nachkriegszeit, **vom Stapel gelaufen.** Die Taufrede hielt der Chef der Marineleitung Admiral **Zenker.** Den Taufakt selbst vollzog die Witwe des verstorbenen glorreichen Kommandanten des ersten Kreuzers „Emden", **Frau von Müller.** Admiral **Zenker** führte u. a. aus: „Wir stehen heute vor einem bedeutungsvollen Ereignisse. Der erste Neubau der Reichsmarine soll seinem Elemente übergeben werden. Die ganze große deutsche Not dieser Jahre spiegelt sich in diesem Bau wieder, die Erregungen und Verwirrungen nach dem Umsturz, der Ruhreinbruch die Katastrophe der Geldentwertung und dennoch ist das Werk gelungen und steht heute vor uns, ein Zeugnis neuesten technischen Ersinnens und altbewährter vortrefflicher Handfertigkeit von besonderem Klang und von die Gegenwart überragender Bedeutung ist für uns der Name „Emden" durch den Kreuzer geworden, der zuerst diesen Namen getragen hat. Ein Mann führte das Schiff, kühn im Wägen, kühn im Wagen, unerschöpflich im Planen, unermüdlich im Handeln, unverzagt auf verlorenem Posten, ein wahrer Führer seiner ihm bis zum letzten Ergeben folgenden Besatzung, den Feinden ein untadeliger ritterlicher Gegner. So trägst Du Schiff nun in Deinem Namen ein großes hehres Vermächtnis, das jeder, der je zu Deiner Besatzung gehören wird, zu erfüllen hat! Und nun gleite in Dein Element, sei allzeit ein sieghaftes Schiff in Sturm und Wetter, sieghaft in Kampf und Gefahr, jederzeit und allerorten aber, mag Dein Weg auch durch Not und Tod führen, mögen Dich zwei Sterne leiten, des Vaterlandes Wohl und Deiner Flagge Ehre!"

*

Die Glückwünsche des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der **Reichspräsident** hat anläßlich des Stapellaufes des neuen **Kreuzers „Emden"** dem Schiff, sowie der Marineleitung nach Wilhelmshaven folgendes Telegramm zugehen lassen: „Zum Stapellauf des Kreuzers „Emden" sende ich herzliche Glückwünsche und Grüße. Möge der Geist opferfreudiger Vaterlandsliebe bei seemännischer Tüchtigkeit, der die alte „Emden" beseelte, auch auf diesem Schiffe fortleben. Möge dem jüngsten Gliede unserer aufstrebenden Reichsmarine allezeit glückliche Fahrt beschieden sein. **Reichspräsident Ebert.**

Kein Rücktritt des Preußenkabinetts.

* **Berlin.** In der gestrigen Nachmittagssitzung des preußischen Gesamtkabinetts teilten sämtliche Kabinettsmitglieder mit Ausnahme der **volksparteilichen Mitglieder Dr. von Richter und Dr. Boelitz** die Ansicht des Ministerpräsidenten Braun, daß die Neuwahl des Landtages den Rücktritt des Kabinetts nicht erfordere. Daraufhin erklärten die **volksparteilichen Minister ihren Austritt aus dem Kabinett. Das Kabinett wird nicht aufgelöst.**

Aus dem Reichstage.

Dem Reichstag ist eine **Novelle zum Postgesetz** zugegangen **die die Ersatzleistungen für die Pakete ohne Wertangabe** und für eingeschriebene Sendungen sowie die Mindeststrafen für Postgebühren und Postfahrpreishinterziehung **auf** Reichsmarkbeträge umstellen will. Für Pakete wird der Höchstbetrag der Ersatzleistung auf 3 Reichsmark für je 500 Gramm, für eingeschriebene Sendungen auf 40 Reichsmark erhöht; der Mindeststrafbetrag soll in Zukunft 3 Mark betragen.

Die Bayrische Volkspartei hat einige Anträge eingebracht, in denen sie die **Vorlegung einer neuen Beamtenbesoldung** verlangt, die den unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine gerechte und soziale Regelung der Beamtengehälter geben soll. Ferner fordert sie die Nachprüfung der Verordnung über den Wohnungsgeldzuschuß und das Ortsklassenverzeichnis durch einen Ausschuß des Reichstags. Ferner tritt sie für Wiedereinführung der sogenannten Dienstalterszulage in den Reichsbetrieben ein und ersucht die Reichsregierung, die Löhne der Reichsarbeiter künftighin nicht mehr nach Ortsklassen und Lohngebieten, sondern nur nach Ortsklassen abzuschließen.

Die **deutschnationale Reichstagsfraktion** hat zur **Beamtenfrage** im Reichstage eine Reihe von Anträgen eingebracht. Es wird u. a. gefragt, aus welchen Gründen die erwartete Aufhebung der Besoldungssperrgesetze noch nicht erfolgt sei. Ferner wird die Vorlage von Gesetzentwürfen über das neue Beamtenrecht, die Dienststrafverordnung, das Beamtenvertretungsgesetz und das Unfallfürsorgegesetz gefordert. Schließlich wird die Aufhebung bezw. Abänderung der Personalabbauverordnung verlangt.

Eine **große Anzahl von Anträgen ist von der Deutschen Volkspartei** eingebracht worden, darunter die bereits angekündigten Gesetzentwürfe über die **Aenderung der Reichsfarben in schwarzweißrot, die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre,** die Neuregelung der Dauer des Lehrganges der Höheren Schulen, ferner über die Nachprüfung der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Reich und Ländern durch einen Reichstagsausschuß und über die Aufhebung des Artikels 18 der Reichsverfassung (Recht auf Abstimmung über die Zugehörigkeit zu einem Lande). Die Deutsche Volkspartei beantragt weiter die Wiedereinführung der Zulagen an Angehörigeder ehemaligen Wehrmacht und an ehemalige Kolonialbeamte, sowie die Auszahlung der rückständigen Löhne an die Askari, Angestellten und Träger, welche den Krieg in Deutsch-Ostafrika mitgemacht haben, ferner die Einsetzung eines besonderen Reichstagsausschusses für die Aufwertungsfrage, eine Nachprüfung der Geschäftsordnung daraufhin, ob die Disziplinarbefugnisse des Reichstagspräsidenten ausreichen, die Würde und das Ansehen des Reichstags zu wahren, sowie die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Aenderung der bisherigen Kriegsschädengesetze und des Liquidationsschädengesetzes. Eine Reihe von Anträgen beschäftigt sich mit der **Krankenversicherung,** mit dem Schlichtungswesen, mit der Neuregelung der Fürsorgegesetze und mit dem Schutze des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere des Handwerks. Gefordert wird ferner eine Erhöhung der Wanderlager-Steuer und schärfere Ueberwachung der Wanderlager-Betriebe. Bei der Hauszinssteuer soll auf Rentner, Kriegsbeschädigte, Erwerbslose usw. besonders Rücksicht genommen werden. Ein Antrag verlangt einen Gesetzentwurf, der die arbeitsrechtliche Rechtsprechung einheitlichen ordentlichen Arbeitsgerichten zuweist. Ein anderer Antrag wünscht eine Statistik zur klareren Beurteilung des volkswirtschaftlichen Wertes des selbständigen deutschen Einzelhandelsgewerbes. Endlich wird eine Aenderung der Reichsabgabenordnung und eine Einwirkung auf die Länderregierungen dahin verlangt, daß beim Vollzug von Freiheitsstrafen die Strafgefangenen keine Handwerkslehre erhalten.

Die **demokratische Fraktion** des Reichstags hielt am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, in der Anträge vorbereitet wurden. Ein Antrag Ziegler, Schneider, Lemmer verlangt die schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfes **zur Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung.** — Ein Antrag Schuldt-Steglitz fordert die **Schaffung eines Beamtenrechts,** für das ein Entwurf vorgelegt wird. Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung **des Besoldungssperrgesetzes.** Die Regierung wird ferner zur Veröffentlichung einer Denkschrift über das Arbeitsrecht aufgefordert. Anträge der Abg. Frau Dr. Lüders verlangen die Vorlegung des Gesetzes zur **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** in der Ausschußfassung des vorletzten Reichstags sowie eine Reform der rechtlichen Stellung der **unehelichen Kinder und Mütter.** Weitere Anträge verlangen eine Reform der Unfallversicherung, Erhöhung der Invalidenrenten, Gleichberechtigung der Ersatzkassen in der Reichsversicherungsordnung, Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte und Ausbau der Leistungen der Angestelltenversicherung.

*

Die Kommunistische Fraktion des Reichstags hat zwei Interpellationen und einen Antrag eingereicht, in denen eine **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung** und die Gleichstellung der Unterstützungssätze für männliche und weibliche Erwerbslose verlangt wird. Ferner haben die Kommunisten einen Antrag auf Aufhebung des Republikschutzgesetzes eingebracht. Der Antrag auf Herausgabe des **bei der letzten Haussuchung im Reichstag beschlagnahmten Materials und auf Verhinderung derartiger Haussuchungen in künftigen Fällen ist wiederum eingereicht worden.**

SLUB
Wir führen Wissen.